

MARKUS BEYRER
GENERALSEKRETÄR
INDUSTRIELLENVEREINIGUNG



Standort Österreich: Dank Europa „fit“ für die Globalisierung

Das Thema Globalisierung ist in Österreich – wie auch in vielen anderen Staaten Europas – ein Reizthema. Dabei gehört Österreich objektiv gesehen zweifellos zu den Globalisierungsgewinnern. Dass Österreich in diesem Zusammenhang vieles richtig macht, wird uns immer wieder auf internationalen Konferenzen konzediert. Dennoch ist nahezu alles, was mit Globalisierung, Internationalisierung und Europäisierung zu tun hat, bei der Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher überwiegend negativ besetzt. Es gilt: Die Stimmung ist nicht so gut, wie sie eigentlich von der Faktenlage her sein sollte. Dies liegt wohl auch daran, dass die öffentliche Thematisierung von Globalisierung und ihren Konsequenzen für den Einzelnen eine sehr negative ist (z. B. Vorwurf des Lohndumping und der Arbeitsplatzverluste durch Globalisierung). Die Fakten sprechen eine andere Sprache:

Lohnpolitik: Die Löhne sind infolge der Internationalisierung nicht gesunken. Gerade im letzten Jahr gab es sehr hohe Abschlüsse (z. B. Metaller: 3,1%). Man wird jedoch die Art und Weise, wie Lohnpolitik in Zukunft praktiziert wird, gemeinsam mit den Sozialpartnern überdenken müssen. Die relativ hohen Tarifabschlüsse können von jenen Unternehmen finanziert werden, die sich erfolgreich internationalisiert haben und auf den globalen Märkten bzw. in Mittel- und Osteuropa erfolgreich sind. Viele Firmen, die sich nicht so erfolgreich internationalisiert haben,

können sich derart hohe Abschlüsse aber nicht leisten. Dies birgt eine gewaltige Sprengkraft für den Standort.

Arbeitsmarkt: Gerade durch die Erweiterung der EU sind 100.000 bis 150.000 Arbeitsplätze in Österreich geschaffen worden. Österreich verzeichnet eine Rekordbeschäftigung. Es hat noch nie so viele Beschäftigte in Österreich gegeben wie zurzeit. Die Transformation dieses starken Beschäftigungswachstums in sinkende Arbeitslosenzahlen hat aus mehreren

Gründen länger gebraucht, als wir uns das gewünscht haben. Ein Grund ist der starke Angebotsdruck vom deutschen Arbeits-

markt, der eine natürliche Folge der wirtschaftlichen Situation in Deutschland, aber auch mangelnder Flexibilität österreichischer Arbeitskräfte ist. Ein zweiter Faktor ist die steigende Frauenerwerbstätigkeit. Aufgrund der demografischen Entwicklung werden die Frauen auf dem Arbeitsmarkt immer wichtiger. Es ist unverzichtbar, dass die Erwerbsquote der Frauen steigt. Diesen Effekt müssen wir noch verstärken. Tatsache ist, dass es im Zug der Rekordbeschäftigung auf dem österreichischen Arbeitsmarkt nun auch zu einer Wende der Arbeitslosenzahlen gekommen ist. Dies ist auch, aber eben nicht nur ein Effekt der Schulungsmaßnahmen des AMS.



Globalisierung: Mittel- und Osteuropa als „Trainingsfeld“

Die Region Mittel- und Osteuropa ist für die österreichische Industrie ein wesentlicher Aspekt der Globalisierung. Sie ist für uns das „regional training field for the globalisation“, weil wir dort überdurchschnittlich erfolgreich sind und weil wir dort „Globalisierungsfitness“ erlangen. Wir haben durch die EU-Erweiterung massiv profitiert. Besonders dynamisch entwickelte sich der Handel mit den neuen EU-Mitgliedsstaaten. In den Jahren von 1994 bis 2003 ha-



ben sich die österreichischen Exporte in die Region auf 10 Mrd EUR verdreifacht, während sich die gesamten Exporte verdoppelten. Dabei entspricht das Exportvolumen in die neuen Mitgliedsstaaten dem Doppelten der österreichischen Exporte in die USA. Die Dynamik der Exporte in diesen Raum ist beeindruckend: Obwohl wir nur 2% der EU-Bevölkerung darstellen, wickeln wir 10% des Handels mit diesem Raum ab. Wir sind der größte Exporteur aus den EU-15-Staaten nach Mittel- und Osteuropa. Anders formuliert: Mit einem Anteil von 12,7% an den gesamten Ausfuhren Österreichs halten die Exporte in die neuen Mitgliedsstaaten den Rekordanteil unter den Ländern der EU-15. In keinem anderen Land spielt der Handel mit den

neuen Mitgliedsstaaten eine so große Rolle. Mit einem Anteil von kaum 9% an den Gesamtexporten rangiert Deutschland nach Österreich an zweiter Stelle, gefolgt von Finnland mit etwa 7%. In Österreich ansässige Unternehmen haben es, flankiert durch die Politik, wie keine anderen verstanden, die Chancen der Integration der mittel- und osteuropäischen Länder zu nutzen.

Direktinvestitionen: Historische Wende

Die Zahlen der OeNB zeigen, dass Österreich auch hinsichtlich der Direktinvestitionen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sehr gut dasteht. Wir sind in diesen Staaten – mit Ausnahme von Polen – zumindest unter den Top 3: In Bosnien, Bulgarien, Kroatien, Montenegro, Rumänien, Serbien und Slowenien rangieren österreichische Unternehmen inzwischen auf Rang 1, in der Slowakei, in Tschechien und Ungarn auf Rang 3 und in Polen auf Rang 5 der Auslandsinvestoren. Im Jahr 2003 hat eine aus österreichischer Sicht historische Saldendrehung stattgefunden: Seit damals übersteigt das Volumen der österreichischen Direktinvestitionsbestände im Ausland jenes der ausländischen Unternehmen in Österreich – Österreich ist zum Nettoinvestor im Rest der Welt aufgestiegen.

Dokument unserer Wettbewerbsfähigkeit ist auch das aktuelle World Competitiveness Yearbook des Institute for Management Development (IMD) in Lausanne: Der Standort Österreich hat unter den nicht-asiatischen Ländern den größten Schritt vorwärts gemacht. Bei den ausländischen Direktinvestitionen in Österreich – ein entscheidendes Maß für

die Standortattraktivität im internationalen Wettbewerb um Realkapital – hat der EU-Beitritt Österreichs im Jänner 1995 unbestritten als Initialzündung gewirkt. Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in Österreich hat sich seither fast vervierfacht und ist auf über 40 Mrd EUR gestiegen. Das sichert heimische Standorte und Arbeitsplätze.

Der Erfolg hat Namen

Hinter all diesen Erfolgen in Mittel- und Osteuropa sowohl im Bereich der Exporte als auch im Bereich der Direktinvestitionen stehen Unternehmen – größere und kleinere. Die Palette der Erfolgsbeispiele reicht vom Ziegelhersteller Wienerberger und dem Mineralölkonzern OMV über die Produktion von Spezialstählen durch Böhler-Uddeholm bis hin zu Feuerwehrausrüstungen der Firma Rosenbauer. Eine besondere Rolle spielen auch die österreichischen Banken wie die Erste Bank, die Raiffeisen Zentralbank oder die Bank Austria.

Bemerkenswert an den österreichischen Erfolgsbeispielen ist auch, dass die Marktführerschaft in Nischen nicht in jedem Fall mit einer enormen Unternehmensgröße einhergeht: Unternehmen wie Haas-Waffelmaschinen, Miba, Palfinger und Schoeller-Bleckmann Oilfield Equipment sind keine Großunternehmen, wohl aber Unternehmen mit globaler Präsenz.

Chancen und Wachstum für alle

Die Beschäftigungssituation in der österreichischen Industrie ist stabil. Dies ist angesichts des wettbewerbspolitischen Umfelds ein bemerkenswertes Faktum. Wenn behauptet wird, dass durch die Internationali-

sierung unserer Unternehmen keine Arbeitsplätze in Österreich geschaffen werden, dann entspricht dies nicht den Tatsachen. Es gibt einen Zusammenhang zwischen den Erfolgen von Leitunternehmen – so genannten Leading Competence Units (LCU) – und zuliefernden Klein- und Mittelbetrieben. Wir haben dies in zwei Studien vom Industriewissenschaftlichen Institut untersuchen lassen:

- Die erste Studie im Jahr 2005 hat gezeigt, dass allein 16 große österreichische Leitunternehmen für den wirtschaftlichen Erfolg von 10.000 KMUs direkt verantwortlich sind.
 - In der zweiten Untersuchung im heurigen Jahr wurden 47 österreichische Leitunternehmen untersucht. Es hat sich gezeigt, dass diese für bis zu 50.000 zuliefernde österreichische KMUs quasi direkt verantwortlich sind.
- Dieser Zusammenhang ist beeindruckend – und er ist eine wichtige Antwort auf die Frage, ob die Internationalisierung wirklich allen etwas gebracht hat. Zusammenfassend lässt sich jedenfalls sagen: Österreich ist – grosso modo – ein Globalisierungsgewinner.

Marktöffnung als Erfolgsstrategie

Wenn die europäischen Volkswirtschaften ihre Hausaufgaben machen, werden auch sie zu Globalisierungsgewinnern. Nachholbedarf haben hier gerade die größeren Volkswirtschaften, die in den vergangenen Jahrzehnten für Europa Lokomotivfunktionen innehatten. Entgegen den Behauptungen von Globalisierungskritikern wie ATTAC sind die Globa-

lisierungschancen größer als die Gefahren. Der offene Marktzugang ist politisch und wirtschaftlich sinnvoll. Es gibt es keinen einzigen Fall von rascher und nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung durch Importsubstitution – aber viele gegenteilige Beispiele. Das Beispiel Albanien zeigt: Die sicherste Methode, ein Land, insbesondere eines der Größe Österreichs, gegen das erbärmliche Niveau einer Subsistenzwirtschaft konvergieren zu lassen, besteht darin, es vom internationalen Handel abzuschneiden.



Der offene Marktzugang ist richtigerweise politisch auch gewollt. Wer es mit der Überwindung der Armut in weiten Teilen der Welt ernst meint und wer eine nachhaltige Entwicklung anstrebt, der muss diesen Ländern Zugang zu unseren kaufkräftigen Märkten einräumen. Andernfalls würde man Entwicklungshilfe als Transfer von Almosen ohne jeden Nachhaltigkeitseffekt missverstehen. Jahrzehntlang scheint der in Geld ausgedrückte Altruismus der Entwicklungshilfe ein billiges Lippenbekenntnis gewesen zu sein – kaum entstehen neue Chancen für die Entwicklungsländer durch Marktöffnung, ertönt der Ruf nach Protektion.

Herausforderungen der Globalisierung

Um weiter optimal vom Prozess der Internationalisierung profitieren zu können, sind große Herausforderungen zu bewältigen. Gerade für einen Hochlohnstandort, wie es Österreich ist und bleibt, geht es einerseits darum, die Wertschöpfungsfaktoren am Standort u.a. durch Faktoren wie Infrastruktur, Forschung, Technologieentwicklung und eine erstklassige Bildung zu steigern, und andererseits darum, die Kostenfaktoren im Griff zu halten. Ein komplizierter Maßnahmenmix ist notwendig. Die wichtigsten Maßnahmen sind:

Arbeitszeitflexibilisierung:

Der österreichische Arbeitsmarkt ist in mancher Hinsicht flexibler als der deutsche Arbeitsmarkt. Dass wir etwa nicht vergleichbare Kündigungsschutz-Bestimmungen haben, ist ein großer Wettbewerbsvorteil. Entscheidend ist für die Zukunft der Gedanke, dass dann gearbeitet werden kann, wenn die Aufträge da sind – damit man niemandem etwas wegnehmen muss. Das ist eine arbeitnehmerverträgliche und solidarische Strategie. Mehr Flexibilität bringt mehr Beschäftigung. Wir bekennen uns zu Flexicurity und dazu, dass die Effekte positiver betriebswirtschaftlicher Entwicklungen aufgrund von mehr Flexibilität zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern geteilt werden.

Energiekosten: In Sachen CO₂-Reduktion und Zuteilungsplan zum Emissionshandel erwarten wir eine Fortführung des eingeschlagenen Weges. Wir müssen die Klimastrategie auch als Innovations- und Technologieoffensive verstehen. Diese Strategie muss integraler Bestandteil und

Motor für mehr Wachstum und Beschäftigung sein – und nicht Totengräber dieser Ziele. Klimapolitik ist mehr als Umweltpolitik. Eine kluge Klimapolitik gibt Antworten auf die Fragen:

- Welche Maßnahmen sind volkswirtschaftlich und beschäftigungspolitisch sinnvoll (z. B. Einsatz eines Teils der Wohnbauförderung für Klimaschutzmaßnahmen)?
- Welche Maßnahmen erschließen österreichischen Unternehmen wachsende Exportmärkte im Bereich Umwelttechnologie?
- Wie sieht eine Klimaschutzpolitik aus, die den Vorgaben des Lissabon-Prozesses entspricht?

Für die Industrie in Österreich und Europa sind die Kosten des Emissionshandels eine Überlebensfrage. Es kann nicht darum gehen, einer höchst umwelteffizienten österreichischen Industrie unleistbare Belastungen aufzubürden.

Steuerpolitik: Wir müssen steuerpolitisch weitere Maßnahmen setzen, um dem Industriestandort Österreich weiter zu Attraktivität zu verhelfen. Leistung muss sich lohnen. Wir streben daher eine Senkung des Spitzensteuersatzes in Österreich im Verlauf der nächsten Legislaturperiode an: Die nächste Steuerreform muss den Spitzensteuersatz auf 45 % senken, verbunden mit einer Rücknahme der Progression. Besonders sind jene Einkommensbereiche zu entlasten, die bei der aktuellen Steuerreform unzureichend entlastet wurden (ab 40.000 EUR Bemessungsgrundlage). Gesellschaftsteuer, Darlehens- und Kreditgebühr und Mindestkörperschaftsteuer sind abzuschaffen. Ebenso ist es sinnvoll, die

Erbschafts- und Schenkungssteuer bei Betriebsvermögen zu streichen – gerade dies ist ein wichtiges Thema bei mittelständischen Familienunternehmen.

Lohnnebenkosten: Ungelöst ist die Frage der Absenkung der Lohnnebenkosten, die man endlich als das bezeichnen sollte, was sie sind: Arbeitszusatzkosten. Sie verteuern den Produktionsfaktor Arbeit und mindern daher dessen Verwendung. Es ist niemandem – und schon gar nicht der im internationalen Wettbewerb stehenden Industrie – damit gedient, wenn der Keil zwischen Brutto- und Nettoeallöhnen immer größer wird. Der volkswirtschaftliche Zusammenhang ist zu beachten: Mit der Senkung der Abgabenlast nimmt das Wachstum zu. Einerseits beeinflusst die konjunkturelle Entwicklung die Einnahmenquote (etwa über das Wirken der automatischen Stabilisatoren), andererseits aber wirkt die Einnahmenquote und mit ihr die Abgabenquote auf die Bereitschaft der Unternehmen und Haushalte zu Investitionen in Sachkapital und Humankapital – sie wirkt damit nicht nur kurzfristig auf die Konjunktur, sondern zusätzlich langfristig auf das Wachstumspotenzial einer Volkswirtschaft.

Innovation, Aus- und Weiterbildung: Beim Thema Innovation und bei der Aus- und Weiterbildung ist es Österreich in hervorragender Weise gelungen, zu den wirtschaftlich führenden Ländern in Europa aufzuschließen. Österreich darf sich dabei nicht auf seinen Erfolgen ausruhen. Es gilt, die Spitzenposition in Europa nicht nur zu halten, sondern weiter auszubauen. Als drittreichstes Land in der EU muss es unser Ziel

sein, uns bei entscheidenden Innovations-Parametern wie dem lebenslangen Lernen, der Zahl der aktiv genutzten Patente und der Innovationskooperation von KMUs ebenfalls unter den besten Ländern zu positionieren und zu den derzeit führenden EU-Nationen Schweden und Finnland aufzuschließen. Daher erwarten wir von der nächsten Bundesregierung die Ergänzung der bis dato erfolgreichen „Catching up-Strategie“ durch eine noch anspruchsvollere „Front running-Strategie“. Der Anspruch ist vor allem deshalb hoch,



weil die Spitzengruppe, von der man sich Anregungen holen könnte, nur mehr eine sehr kleine ist.

Insbesondere muss Österreich seine Chancen im Bereich von Aus- und Weiterbildung nutzen. Neue Chancen ergeben sich etwa in der Lehrausbildung (z. B. modulare Lehrausbildung). Für die Industrie wer-

den dadurch die Wiederaufnahme von Ausbildungen, die Auslagerung von Teilen der Ausbildung und der Einsatz von Ausbildungsverbänden möglich. Ausbildung selbst ist eine Wachstumsbranche par excellence. Durch die starke Fokussierung auf die Angebote von bfi und WIFI lassen wir uns immense Chancen entgehen, wie ein Blick in die Vereinigten Staaten belegt.

EU-Skepsis: Die eingangs angesprochene negative Stimmung von breiten Bevölkerungskreisen zu den Themen Europäisierung, Internationalisierung und Globalisierung entwickelt sich zu einem Standortnachteil. Wir sollten massiv gegensteuern – und wir werden das als Industriellenvereinigung auch tun. Wenn es nicht gelingt zu erklären, wie sehr jeder Einzelne inzwischen von den Effekten der EU profitiert und in welchem hohem Ausmaß unser Wohlstand in Österreich von unseren Unternehmen in Mittel- und Osteuropa abhängt, dann wird es uns auch nicht gelingen, komplexere Zusammenhänge wie Globalisierung und Internationalisierung zu kommunizieren. Das ist eine große Herausforderung, der wir uns gemeinsam – wie 1994 im Jahr vor dem EU-Beitritt – stellen müssen. 

